



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/5313

Der Landesbeauftragte für politische Bildung Schleswig-Holstein
Karolinenweg 1, 24105 Kiel

An den
Vorsitzenden des Innen- und Rechtsausschuss
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Jan Kürschner, MdL

- ausschließlich per E-Mail -

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Mein Zeichen: LBpB
Meine Nachricht vom:
Bearbeiter/in: LBpB 7
Telefon (0431) 988-1647
Telefax (0431) 988-1648

christian.meyer-heidemann@landtag.ltsh.de

22.09.2025

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des „Gesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften“ Gesetzentwurf der Fraktion der FDP (Drucksache 20/3467) sowie zum Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 20/3499)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

ich bedanke mich für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu den o. g. Gesetzesentwürfen und nehme wie folgt aus Sicht der politischen Bildung Stellung: Ich befürworte weiterhin die hybride Durchführung der Sitzungen, da sie eine stärkere Vereinbarkeit von Beruf, Familie und ehrenamtlichem Engagement ermöglicht. Die Möglichkeit hybrider Sitzungen stärkt die Partizipationsmöglichkeiten von größeren Teilen der Gesellschaft an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen.

Die technischen und rechtlichen Voraussetzungen der hybriden Durchführungen bedürfen einer detaillierten Klärung. Da diese Fragen außerhalb des Bereichs der politischen Bildung liegen, nehme ich hierzu nicht Stellung.

Für eventuelle Rückfragen im weiteren parlamentarischen Beratungsprozess stehe ich Ihnen wie immer gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Christian Meyer-Heidemann
Landesbeauftragter für politische Bildung